



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

Statement

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Prof. Dr. Ulrich Reuter

anlässlich des DSGVO-Pressegesprächs bei der Jahrestagung
von Weltbank und Internationalem Währungsfonds

am 24. Oktober 2024 in Washington D.C.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank hier in Washington D.C. gibt uns allen die Gelegenheit, die Blicke über Deutschland hinaus zu weiten. Wir können und müssen uns in einen internationalen Kontext stellen, uns vergleichen, uns auch hinterfragen. Die Zeit von Schönfärberei ist vorbei. Der Vergleich der EU, vor allem Deutschlands, mit anderen Teilen der Welt fällt für unser Land nicht schmeichelhaft aus:

- Deutschland fällt im diesjährigen World Competitiveness Ranking auf Platz 24 zurück. Und im Länderindex Familienunternehmen liegt Deutschland auf Platz 18 von 21. Wir erleben seit rund 10 Jahren einen ständigen Abstieg. Mit derartig schlechten Platzierungen ist Deutschland leider in der EU nicht allein.
- Das Wachstum der deutschen Wirtschaft für 2024 musste gerade wieder auf minus 0,2 % nach unten korrigiert werden. Das wäre dann das zweite Stagnationsjahr, während andere Industrieländer inzwischen wieder kräftig wachsen. Die Bundesregierung geht im nächsten Jahr von plus 1,1 % aus, wir in der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen derzeit noch mit 0,9 %, Tendenz sinkend.
- Wir leben weithin von der Substanz des früher erarbeiteten Wohlstands. Das sehen wir an bröckelnder Infrastruktur, an einem unzureichenden Bildungssystem und an einer altertümlichen, nicht digitalisierten Staatsverwaltung.

Das alles führt dazu, dass der europäischen, vor allem der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft international nicht zugetraut wird, schnell die notwendige Innovationskraft und Investitionsbereitschaft aufzubringen. Also all das, was für eine gute Zukunft nötig wäre. Ich will es bei diesem kurzen Befund lassen. Denn an Beschreibungen des Status Quo fehlt es ja nicht. Da wird nicht der DSGVO-Präsident als weiterer Kronzeuge benötigt. Und ich halte auch nichts davon, das eigene Land vom Ausland aus nur negativ darzustellen.

Der Kern ist: In Deutschland dürfen und wir wollen uns nicht mit einem schleichenden Abwärtstrend in den internationalen Tabellen zufriedengeben. Wir wollen wieder nach oben! Es geht also jetzt darum, wie wir in Europa, wie wir in Deutschland die Zukunft gestalten wollen. Es geht darum, realistische Zuversicht zu vermitteln. Und es geht darum, Wege zu mehr Wachstum, mehr Dynamik, mehr Innovation und Investition aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi hat vor rund einem Monat im Auftrag der EU-Kommission einen klaren und zugleich ambitionierten Bericht vorgelegt. Wir als Sparkassen-Finanzgruppe waren in den vergangenen Jahren mit Herrn Draghi nicht immer einer Meinung. Bei EDIS ist dies immer noch der Fall. Ich will hier deshalb aber klar sagen: Wir teilen die wesentlichen Elemente seiner Analyse und auch die meisten der Zukunftsvorschläge. Lassen Sie mich kurz rekapitulieren: Draghi macht im Kern drei Vorschläge:

Erstens: Die Innovationslücke zu den USA und China schließen. Die Arbeitsproduktivität in der EU beträgt inzwischen nur noch 80 % der in den USA. Der wesentliche Grund ist, dass in Europa, vor allem in Deutschland, zu wenig in Innovationen und Erweiterungen investiert wird.

Zweitens: Einen geschlossenen, ambitionierten Plan für Dekarbonisierung und mehr Wettbewerbsfähigkeit umsetzen. Die EU, auch hier in besonderer Weise Deutschland, muss sich aus den ambitionierten politischen Klimazielen auch Technologie- und Wettbewerbsführerschaften erarbeiten. Das muss politisch ermöglicht und gefördert werden.

Drittens: Resilienz stärken, strategische globale Abhängigkeiten senken. Es geht darum, an den richtigen Stellen europäische Gemeinsamkeiten zu vertiefen und die EU souveräner, sprich unabhängiger im globalen Maßstab aufzustellen, damit wir in einer konfliktreicheren Welt weniger erpressbar werden. Das Ziel ist also, die EU zu einem wettbewerbsfähigeren, unabhängigeren Akteur auf Augenhöhe mit den USA und China auf der globalen Ebene zu entwickeln. Das ist die richtige europäische Botschaft bei dieser wichtigsten internationalen Finanztagung. Sie ist nicht zuletzt wichtig angesichts der zunehmenden globalen Aggressivität Chinas und den sich aus den gesellschaftlichen Spaltungen in den USA ergebenden Herausforderungen für die EU. Wenn wir in der EU zukunftsfähig werden, nicht mehr von der Substanz leben wollen, dann braucht es erhebliche Investitionsvolumina. 750 Mrd. EUR jährlich stehen im Raum. Um ein derartig ambitioniertes Ziel zu erreichen, muss sich die Politik in Brüssel und Berlin fokussieren. Damit mehr Neues entsteht, geht es erst einmal um weniger:

- Weniger Regulierung, die die Wirtschaft einschnürt. Da ist der deutsche Gesetzgeber angesprochen, vor allem aber die europäische Ebene. Das gilt auch für die Finanzwirtschaft. Weniger ist mehr. Karolin Schriever wird das gleich erläutern.
- Es braucht weniger konkurrierende politische Zielsetzungen. Eine einzige klare Priorität ist entscheidend: **Wirtschaftliche Dynamik auslösen.** Das ist das Fundament für alle anderen politischen Zielsetzungen: Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und alle anderen politischen Wünschbarkeiten.

Unsere Aufgabe als Finanzwirtschaft ist es, für eine solche klare Investitionsagenda das notwendige Kapital zu mobilisieren. Natürlich wird dabei auch die öffentliche Hand eine Rolle spielen. Eine Konzentration der politischen Diskussion auf gemeinsame europäische Schulden geht aber am eigentlichen Thema vorbei. Gemeinsames europäisches Handeln und Finanzieren mag ja in ganz wenigen Politikfeldern, etwa bei der Verteidigung, sinnvoll sein.

Machen wir uns aber nichts vor: Die öffentlichen Haushalte sind mehr als angespannt. Es gibt praktisch keine Spielräume. Solche entstehen auch nicht dadurch, wenn Schulden im europäischen Rahmen aufgenommen werden. Denn zurückzahlen müssen das immer die nationalen Steuerzahler. Ich will gleichwohl gar nicht gänzlich ausschließen, dass eine Reform der nationalen Schuldenbremse sinnvoll sein kann. Dann, wenn sich Reformen wirklich auf Investitionen beziehen, die sich in der Zukunft auszahlen. Es darf nicht darum gehen, über mehr heutigen Konsum immer weiter die finanziellen Spielräume künftiger Generationen einzuschränken. Was die heutige Generation verbraucht, muss sie auch selbst finanzieren. Und das gilt auch für realistische Abschreibungen des jährlichen Wertverlustes öffentlicher Infrastrukturen. Schulen zum Beispiel über 80 Jahre abzuschreiben, ist eine Sünde gegen ökonomische Nachhaltigkeit.

Insgesamt geht die Diskussion um öffentliche Finanzierungen aber an der eigentlichen Aufgabe vorbei. Niemals werden öffentliche Haushalte wesentliche Teile der benötigten Kapitalvolumina aufbringen können. Aufgabe der Politik ist es deshalb zuvorderst, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass private Investoren gerne und umfangreich in die anstehenden Aufgaben in der EU investieren. Und hier reden wir von mindestens vier sehr unterschiedlichen Zielgruppen, die auch unterschiedlich angesprochen werden müssen:

Erstens: Internationale institutionelle Investoren müssen für Engagements in der EU begeistert werden. Dazu braucht es einen klaren gemeinsamen Innovationsplan und einen glaubwürdigen Abbau überbordender europäischer Regulierung. Wie auch diesmal hatte sich die EU bereits in ihren eigenen Leitlinien zur vorherigen Legislatur einen Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten vorgenommen. Gespürt haben wir davon nichts.

Zweitens: Eigenfinanzierungen aus Unternehmen. Natürlich spielen StartUps und schnell wachsende Unternehmen eine wichtige Rolle. Für sie ist sicher auch eine sog. Savings- und Investment Union hilfreich. Allerdings entsteht nicht jeden Tag ein neues Google oder Amazon. Deshalb dürfen wir nicht das Fundament unserer Wirtschaft aus dem Blick verlieren. In Deutschland sind das vor allem mittelständische Unternehmen und ihre Innovationskraft.

Sie verfügen mit einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 37 % über die notwendige wirtschaftliche Substanz, um aus Eigenmitteln kräftig investieren zu können. Sie tun dies im Moment nicht, weil sie dem Zukunftsplan der Politik nicht trauen. Weil es an Planbarkeit fehlt. Und hier spielen neben Bürokratieabbau eine schnelle Verbesserung digitaler Infrastrukturen und zunehmend eine ausreichende Verfügbarkeit arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen eine große Rolle. Hier gilt es vor allem, notwendige Zuwanderung entschlossen zu fördern. Und es bedeutet, den mittelständischen Unternehmen als Rückgrat der deutschen und damit auch der europäischen Wirtschaft die zu ihnen passenden kreditwirtschaftlichen Strukturen zu erhalten und zu stärken.

Drittens: Wir alle wünschen uns mehr **Engagements der breiten Kundschaft** in Wertpapiere und damit eine gerechtere Beteiligung der gesamten Bevölkerung am Wertzuwachs unserer Volkswirtschaft. Gerade die Sparkassen haben in den vergangenen Jahren sehr viel für die Wertpapierkultur in Deutschland geleistet. Gleichwohl müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass gerade die deutsche Bevölkerung ein hohes Sicherheitsbedürfnis hat. Das ist bei einer stark alternden Gesellschaft auch verständlich. Maßnahmen, die darauf keine Rücksicht nehmen, werden deshalb nicht erfolgreich sein. Es wird deshalb nicht reichen, das für die Breite der Bevölkerung eher abstrakte Ziel einer Savings- und Investment Union politisch auszurufen. Es geht vielmehr darum, private Kleinanleger anzureizen, ihre Ersparnisse in Infrastrukturfinanzierungen anzulegen. Das werden sie nur tun, wenn neben einer angemessenen, sicher nicht übertriebenen Rendite ein **eindeutiges Sicherheitsversprechen** erfolgt. Ich würde mir deshalb wünschen, dass Deutschland darüber nachdenkt, wie Investments von Kleinanlegern in öffentliche Infrastrukturen durch Garantien der öffentlichen Hand abgesichert werden können. Das ist wichtiger, als über Investments aus öffentlichen Haushalten zu streiten.

Und viertens: In der EU spielt die **bankbasierte Finanzierung** eine entscheidende Rolle – für die gewerbliche Wirtschaft, aber auch beim Immobilienbestand. Und letzterer spielt in der von Herrn Draghi angesprochenen Dekarbonisierungsstrategie eine entscheidende Rolle. Ich will hier für die Sparkassen-Finanzgruppe nur sagen: Wir finanzieren den bankbasierten Teil der notwendigen Zukunftsinvestitionen entsprechend unserem Marktanteil von rund 40 % aus eigener Kraft. Die ökonomische Substanz der Gruppe reicht hierfür aus.

Es ist also an der Zeit politisch einzugestehen: Die Herausforderungen von morgen sind mit den Narrativen von gestern nicht mehr zu bewältigen:

- Man darf ja bankbasierte Strukturen ablehnen. Wer aber in Deutschland Zukunft finanzieren will, muss die funktionierenden Strukturen, vor allem von Sparkassen und Genossenschaftsbanken, stärken und nicht schwächen.

- Man darf ja als überzeugter Europäer von europäischen Harmonisierungen als Allheilmittel überzeugt sein: Wer aber das Vertrauen der Privatanleger stärken und um ihr Geld werben möchte, sollte nicht die ihnen vertrauten und sicheren nationalen Sicherungssysteme schleifen.
- Und man kann auch von europäischen Konsolidierungen, von großen Banken, träumen: In der Realität muss man anerkennen, dass es die Verbände von Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind, die Finanzmarktstabilität und sichere Finanzierungsstrukturen, auch in Krisenzeiten, sicherstellen.

Lassen Sie es mich so zusammenfassen: Es war richtig, nach der Finanzkrise durch eine umfassende Regulierung auf erkannte Missstände im Markt zu reagieren. Jetzt aber muss man erkennen: Wir leben in einer neuen Zeit. Jetzt geht es darum, Kapital für eine immense Aufholjagd in der EU zu mobilisieren. Das geht nicht mit den Narrativen von gestern. Deshalb brauchen wir nebeneinander: Eine gute Savings- und Investment Union, starke europäische und insbesondere auch lokal verankerte Banken sowie sichere dezentrale Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Was wir nicht brauchen ist Ideologie. Weder eine Ideologie, alles europäisch harmonisieren zu wollen. Noch eine Ideologie, dass große Banken immer besser seien als dezentrale Verbundstrukturen. Wir brauchen beides, wir sind mit unterschiedlichen Talenten Teil desselben europäischen Teams.

Ich lade deshalb die Wettbewerber und die politischen Regulatoren ein, mit uns gemeinsam in der neuen Zeit anzukommen. Nur eine europäische Mannschaft, die sich gegenseitig mit ihren jeweiligen Stärken respektiert, die sich gegenseitig stark macht, wird gemeinsam gewinnen. Und das sollte unser gemeinsames europäisches Ziel sein.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.